

Kommentar

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **54 (1974-1975)**

Heft 3

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ENGPASS IM BUNDESHAUSHALT

Der Tatbestand ist sattsam bekannt: der Bundeshaushalt befindet sich in einem Engpass, der, so behaupten es die Prognostiker, nicht nur kurzfristiger Natur ist, sondern offenbar einen *längerfristigen Trend* spiegelt. Der Bericht Jöhr erlebt eine verspätete Rechtfertigung. Die Defizite steigen aufgrund der heute verfügbaren Beurteilungsgrundlagen, wenn keine Kurskorrekturen vorgenommen werden, dauernd an. Das Stichwort, das die Ursachenkonstellation umschreibt, heisst: Ausgabenexplosion – und zwar eine Ausgabenexplosion, die der bereits inflationär aufgeblähten Einkommensentwicklung im Bundeshaushalt ständig mehr davonzu-eilen droht. Die Ausgaben nehmen rascher zu als das Wachstum des Brutto-sozialproduktes, das bisher als Richtlinie für ein «angemessenes» Wachstum des Bundeshaushaltes betrachtet wurde. Das Gespenst unablässig sich aufblähender Defizite hat unter der Kuppel des Bundeshauses *Alarmstimmung* ausgelöst. Und Bundesrat Chevallaz, der Schweiz neuer Finanzminister, hat mit bemerkenswerter Energie und mit erstaunlichem Elan ein Sanierungsprogramm auf die Beine gestellt, das das drohende finanzpolitische «Unglück» abwenden soll. Bei diesem Vorhaben stand ihm der Apparat des Finanzdepartementes zur Seite.

Die Begründung der eiligst zusammengezimmerten Sanierungsübung wird in der offiziellen Lesart zudem mit dem konjunkturpolitischen Argu-

ment gestützt. Defizite in öffentlichen Haushalten, so wird festgehalten, seien inflationsfördernd, weshalb in einer Zeit, da die Geldentwertungsrate bereits ein unerträgliches Mass angenommen habe, diese Quelle der Instabilität verstopft werden müsse. Und in der Tat ist nicht zu übersehen, dass die Forderung, die öffentliche Hand solle sich *zuerst* konjunkturkonform verhalten, bevor sie der Privatwirtschaft konjunkturpolitische Tugendhaftigkeit predige, immer wieder von Leuten erhoben worden ist, bei denen politische Schlagworte nicht oder wenig von wirtschaftlichen Überlegungen getrübt werden.

Das Programm des Bundesrates ist denn auch entsprechend dem geringen finanzpolitischen Manövrierraum in unserem Lande höchst orthodox und eher phantasielos ausgefallen: Deklamationen, die die Forderung nach Reduktion des Ausgabenzuwachses beziehungsweise nach Ausgabenstreckung zum Ausdruck bringen – obwohl jedermann weiss, dass in dieser Domäne nicht allzu viel drin liegt –, und Einnahmenerhöhungen – hier liegt das Sanierungsschwergewicht – durch eine Anpassung der Warenumsatzsteuer und der Wehrsteuer; auf einen in der Verfassung vorgesehenen Abbau der kalten Progression sowie auf eine Verschärfung der Progression bei der direkten Bundessteuer soll verzichtet werden. Dieses Programm bewegt sich, wie gesagt, auf ausgefahrenen Geleisen, wird aber, weil es eine Volksabstimmung zu passieren

hat, schon heute mit einer Dramaturgie «umgeben», die den Zweck sehr deutlich erahnen lässt.

Bei nüchterner Betrachtungsweise wären zu dieser Manöveranlage einige Bemerkungen anzubringen. Ist es angebracht, die Lage des Bundeshaushaltes zu dramatisieren? Gewiss, die sich in den kommenden Jahren akzentuierende Defizitwirtschaft des Bundes ist nicht zu bestreiten. Defizite in öffentlichen Haushalten sind jedoch in erster Linie ein *Symptom*, und zwar das Symptom einer Scherenbewegung zwischen Ausgaben und Einnahmen. An der Basis des Ungleichgewichtes liegen mithin jene Ursachen, die die Ausgabenexplosion hervorgerufen und begünstigt haben. Es sind in der Vergangenheit zu viele und zu grosse ungedeckte Checks auf die Zukunft gezogen worden. Finanzpolitische Ursachentherapie müsste deshalb in erster Linie bei einer scharfen und konsequenten Politik der *Ausgabendrosselung* einsetzen. Landauf, landab wird, und dies mit einiger Berechtigung, die «Anspruchsinflation» beklagt, die sich nicht nur im privaten Sektor, sondern ebenso auch im öffentlichen Bereich in einer ständig grösser werdenden Ausgabenlawine niederschlägt. Die immer wieder kritisierte Überforderung der Wirtschaft hat in den Defiziten der öffentlichen Haushalte einen unübersehbaren Reflex. Ergo müsste eine sachadäquate Korrektur in erster Linie in diesem Bereich ansetzen, eine Korrektur, die sich nota bene schon teilweise aufgrund der bestehenden Rechtsgrundlagen hätte einleiten lassen. Die Botschaft des Bundesrates lässt originelle Ideen in diesem Aktionsbereich vermissen. Die Vorstellung, dass eine griffigere Ausgabenbremse in das System eingebaut werden könnte, ist vom Bundesrat offen-

bar nicht mit der wünschenswerten Beharrlichkeit abgeklärt worden.

Das Zentrum der Sanierung liegt nicht bei den Ausgaben, sondern bei den *Einnahmen*. Daraus ist zu folgern, dass die Defizite nunmehr die Gestaltung der Einnahmenpolitik – lies Steuerpolitik – zu dominieren beginnen. Jeder Finanzwissenschaftler weiss, dass dies ein höchst fragwürdiges Kriterium ist, vor allem in einer Zeit, da auf den verschiedenen finanzpolitischen Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) eine völlig unkoordinierte und aus mannigfachen politischen Initiativen stammende *Steuererhöhungspolitik* eingesetzt hat. Die Frage, wo die Grenze der Belastbarkeit erreicht sein, beziehungsweise an welchem Punkt das Steuersystem einen die wirtschaftliche Entwicklung schädigenden Steuerwiderstand – wie er im Ausland zur Genüge beobachtet werden kann – auslösen könnte, wird schon beinahe nicht mehr gestellt. Die Gefahr, dass damit die Einnahmenpolitik in die Irre gehen könnte, ist evident.

Sind Defizite in den öffentlichen Haushalten eo ipso konjunkturpolitisch schädlich? Wer diese Frage uneingeschränkt und bedingungslos bejaht, bejaht eine unakzeptable Simplifizierung. Nicht das Defizit ist konjunkturpolitisch problematisch, sondern seine *Finanzierung*. Man könnte sich durchaus vorstellen, eine teilweise Defizitdeckung weitgehend inflationsneutral über den Kapitalmarkt zu bewerkstelligen. Es geht dabei primär um ein Verteilungsproblem: Wie sollen die den inländischen Kapitalmarkt alimentierenden Ersparnisse auf den privaten beziehungsweise auf den öffentlichen Sektor aufgeteilt werden? Die Beschreitung dieses Weges ist kaum sakrosankt. Je-

denfalls nimmt die Tatsache, dass die *Art* der Defizitfinanzierung die Inflationsvirulenz bestimmt, einiges von der Dramatik, mit der die Entwicklung des Bundeshaushaltes nun umgeben wird.

Ein Weiteres wäre ins Bild zu setzen. Der Bundesrat will auf eine Ausnivellierung der *kalten Progression* bei der direkten Bundessteuer verzichten. Das letzte Mal wurde die kalte Progression 1973 korrigiert. Was heisst eigentlich kalte Progression? Doch in erster Linie ein Inflationsgewinn, der dem Staat zufällt! Der Staat kassiert Einnahmen, die *nicht* nach dem Willen des Gesetzgebers sind. Für die staatliche Einnahmenpolitik verbirgt sich hinter dem autonomen Mechanismus der kalten Progression ein sehr angenehmes Phänomen, nämlich eine versteckte, durch die Inflation verursachte Einnahmenquelle. Und diese Einnahmenquelle beginnt natürlich dann besonders ergiebig zu sprudeln, wenn die Geldentwertungsrate hoch ist. Nicht zu Unrecht wird deshalb von einer Droge gesprochen, die den Staat daran hindere, das Budgetgleichgewicht durch eine Drosselung der Ausgaben zu suchen. Und es besteht darüber hinaus die Gefahr, dass im Klima einer solchen Politik dann von interessierter politischer Seite die Abschwächung der Wirkung der kalten Progression über eine Umstrukturierung der sozialen Abzüge angestrebt wird, also mit einer Politik, die mit der kalten Progression überhaupt nichts zu tun hat. Die kalte Progression wird dann zum Vehikel für die Durchsetzung von *sozialpolitischen Zielen*. Es gab einmal eine Theorie, die behauptete, die kalte Progression wirke konjunkturpolitisch als automatischer Stabilisator, weil sie im Aufschwung bei den Steuerpflichtigen Einkommen ab-

schöpft. Diese Wirkung kommt selbstverständlich nur dann zum Tragen, wenn die so abgeschöpften Beträge sterilisiert, das heisst aus dem Geldkreislauf herausgenommen werden. Davon kann indessen in der Welt der Realität keine Rede sein, weshalb sie de facto als ein Vorgang identifiziert werden muss, der den Druck auf die Ausgabendämpfung schwächt und die Inflation fördert (kleinere Sparneigung).

Abgesehen von der Frage, ob es klug und empfehlenswert ist, den Zugriff des Bundes auf die direkten Steuern zu verstärken, wäre auch die Wirkung dieses Sofortprogramms auf die grossen Prioritäten einer Neuordnung der Bundesfinanzen zu prüfen. Die Geschichte der Bundesfinanzreformen gleicht bekanntlich einem mittel-schweren Trauerspiel. Liegt die Vermutung nicht nahe, dass das nunmehr vorliegende Sofortprogramm die Lage beim Bund in einem Ausmasse «bereinigt» – «nun haben wir ja genug getan» –, dass darob die wirklichen Aufgaben einer Neuordnung der Bundesfinanzen «vergessen» werden? Diese Befürchtung ist jedenfalls nicht gering einzuschätzen. Und dies besonders im Blick auf die Tatsache, dass nur eine grundsätzliche Neuordnung der Bundesfinanzen auch eine länger haltbare Sanierung versprechen kann.

Die Eile, mit der die Bundesfinanzen wieder ins Gleichgewicht – wie lange? – gebracht werden sollen, ist jedenfalls nicht unproblematisch. Der Verdacht, dass nicht alle Implikationen mit der gebotenen Sorgfalt abgeklärt worden sind, müsste sich dann verstärken, wenn das bundesrätliche Programm zudem unter dem Gesichtspunkt der *politisch-taktischen Prioritäten* gewürdigt würde.

Willy Linder

DAS SOWJETISCH-CHINESISCHE ABKOMMEN VOM 31. MAI 1924 UND DIE TERRITORIALANSPRÜCHE CHINAS GEGENÜBER DER UdSSR

Die systematische Expansion des russischen Reiches nach dem Osten wurde 1581/82 vom Kosakenataman Jermak im Auftrag des Zaren eröffnet; die grausamen kosakischen Truppen erreichten schon 1643 das Amur-Gebiet im Fernen Osten. Die Kosaken und die das Monopol auf die Ausbeutung Sibiriens besitzende Stroganow-Familie auferlegten den Siedlungen und Stämmen von Tataren und Turken hohe Tribute, töteten die Widerstandskämpfer, verschleppten Frauen und Kinder und brannten ihre Jurten ohne Gnade ab (George Padmore und Dorothy Pizer, *How Russia transformed her colonial Empire*, London 1946, S. 5ff.). Die Ming-Dynastie konnte wegen ständiger innerer Unruhen und der seit 1619 ständig zunehmenden Angriffe der Mandschu keinen Widerstand leisten. Erst der Mandschu-Dynastie (T'sing-Dynastie, 1644–1911) gelang es, den grössten Teil der verlorenen Gebiete zurückzuerobern. Nach 1858 erfolgte jedoch ein russischer Feldzug nach dem andern, und innerhalb von fünfzig Jahren wurden 1,5 Millionen km² chinesisches Land Russland einverleibt (Fritz von Briessen, *China – Fakten – Daten – Dokumente*, Stuttgart 1972). Die Zaren drangen unter systematischer Verletzung der eigenen Verträge immer weiter gegen China vor.

Ungleiche Verträge und Grenzrevision

In der Zeit des Bürgerkrieges 1918 bis 1920 brauchte Sowjetrussland Ruhe an der chinesischen Grenze. Gleichzeitig

wollte Lenin das jahrhundertelange Misstrauen der Chinesen beseitigen. Als die Rote Armee nach Sibirien vordrang, wurde eine Regierungserklärung an das Volk sowie an die Regierungen von Süd- und Nordchina (am 25. Juli 1919) erlassen (Dokumenty vnešnej politiki SSSR – Dokumente der Aussenpolitik der UdSSR – Bd. II, Moskau 1958, S. 121–123): «Sowjetrussland und die Sowjetische Rote Armee haben den Ural nicht überschritten, um Eroberungen zu machen ... Wir bringen den Völkern die Befreiung ... Wir bringen Hilfe nicht nur unseren werktätigen Klassen, sondern auch dem chinesischen Volk.» Die Erklärung enthielt ferner die feierliche Ankündigung, alle sogenannten ungleichen russisch-chinesischen Verträge aus der Zarenzeit annullieren zu wollen. «Alle Erwerbungen der Regierung des Zaren, die China der Mandschurei und anderer Gebiete beraubten», sollten dem chinesischen Volk zurückerstattet werden¹. Eine zweite Regierungserklärung vom 27. September 1920 (Dokumenty, Bd. II, S. 213ff.) wiederholte das Versprechen: «Mehr als vor einem Jahr, am 25. Juli 1919, veröffentlichte das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten der RSFSR eine Erklärung an das chinesische Volk und die Regierungen von Nord- und Südchina, in welcher die Regierung Russlands – indem sie auf alle früheren mit China abgeschlossenen zaristischen Verträge verzichtet (und) dem chinesischen Volk alles, was ihm mit Gewalt erobert und von der zaristischen Regierung sowie der russischen Bourgeoisie in Besitz genommen wurde, zu-

rückerstattet – der Regierung Chinas die Aufnahme offizieller Verhandlungen über die Förderung freundschaftlicher Beziehungen vorschlug.» Im Artikel I des von Sowjetrussland ausgearbeiteten und im Rahmen der Erklärung unterbreiteten Entwurfes eines sowjetisch-chinesischen Abkommens hiess es: «Die Regierung der RSFSR erklärt alle von den früheren Regierungen Russlands mit China abgeschlossenen Verträge als null und nichtig und verzichtet auf alle Eroberungen auf chinesischem Gebiet ... und gibt China entschädigungslos und für immer alles zurück, was nach Räuberart (chišnečski) ihm durch die zaristische Regierung und die russische Bourgeoisie entrissen wurde.»

Diese Erklärungen stimmen mit Lenins Propagandareden und -schriften völlig überein. Im Dezember 1900 schrieb er in Nr. 1 von Iskra («Der China-Krieg») u. a. folgendes: «Uneigennützig hat sie (nämlich die zaristische Regierung, L. R.) vor mehreren Jahren Port Arthur an sich gerissen und uneigennützig hat sie die an Russland grenzenden Gebiete Chinas mit einer Meute von Kommissionären, Ingenieuren und Offizieren überschwemmt ...» (W. I. Lenin: Werke, Bd. IV, Ostberlin 1955, S. 373). In seiner Rede vor dem II. Sowjetkongress am 27. Oktober 1917 äusserte er sich gegen jegliche Annexion fremder Gebiete (ebda, Bd. 26, Ostberlin 1961, S. 246).

Bald erwiesen sich aber die sowjetischen Erklärungen als Täuschungsmänöver. Die Sowjets gingen bei der Anerkennung der Ungleichheit und damit der Ungültigkeit der russisch-chinesischen Territorialverträge von einer *reservatio mentalis* aus: sie wollten inmitten des Bürgerkrieges keine Komplikationen haben. In Wirklichkeit be-

trachtete sich Sowjetrussland in territorialen Fragen – nicht aber was die Staatsschulden betraf – von Anfang an als Nachfolger des zaristischen Russlands, ohne Rücksicht auf die ungleichen Verträge. Daher wollte es nach dem Bürgerkrieg von keiner Grenzrevision mehr hören. Doch kam es am 31. Mai 1924 zur Unterzeichnung eines sowjetisch-chinesischen «Abkommens über die allgemeinen Prinzipien für die Regelung der Fragen zwischen der UdSSR und der Chinesischen Republik» (Dokumenty, Bd. VII, Moskau 1963, S. 331–335). Artikel III des Abkommens lautet wie folgt: «Die Regierungen beider vertragsschliessenden Parteien sind mit der Annullierung ... aller Abkommen, Verträge, Vereinbarungen, Protokolle usw., welche zwischen der Regierung von China und der zaristischen Regierung abgeschlossen worden sind und mit deren Ersetzung durch neue Verträge, Vereinbarungen usw. auf der Grundlage der Gleichheit, Gegenseitigkeit und Gerechtigkeit sowie im Geist der Erklärungen der Sowjetregierung von 1919 und 1920 einverstanden.»

Artikel IV geht noch weiter: «Die Regierung der UdSSR erklärt in Übereinstimmung mit ihrer Politik und den Erklärungen von 1919 und 1920 alle Vereinbarungen, Abkommen usw., welche die souveränen Rechte oder die Interessen Chinas verletzen und zwischen der ehemaligen zaristischen Regierung und irgendwelcher dritten Partei oder Parteien abgeschlossen worden sind, als null und nichtig.»

Beide Regierungen waren übereingekommen, innerhalb eines Monats nach der Unterzeichnung der Vereinbarung vom 31. Mai 1924 eine Konferenz einzuberufen, wo die noch hängigen

Fragen in Übereinstimmung mit den in der Vereinbarung enthaltenen Prinzipien geregelt werden sollten (Artikel II, Absatz 1). Auf dieser Konferenz sollte die neue Grenze gezogen werden. In der Zwischenzeit sollte jedoch die bestehende Grenze unberührt bleiben (Artikel VII).

Gleichzeitig wurden von den Bevollmächtigten beider Staaten sieben Erklärungen unterzeichnet (ebda, S. 336 bis 340); in einer von ihnen (S. 337) wird sowjetischerseits zur Kenntnis genommen, dass China die zaristischen Territorialverträge nicht anerkennt.

Der «kartographische» und der Notenkrieg

China wartet seit fünfzig Jahren auf die am 31. Mai 1924 vereinbarte Konferenz beziehungsweise auf die neue Grenzziehung; die Konferenz kam nicht zustande, weil die Sowjets nach der Festigung ihrer Position kein Interesse mehr für sie hatten. Sie beriefen sich als Rechtfertigung darauf, dass China die auf seinem Gebiet befindlichen weissrussischen Einheiten nicht liquidiert hatte, wie im Artikel VI der erwähnten Vereinbarung vorgesehen (vgl. zum Beispiel ebda, S. 405). Die Angehörigen dieser Weissgardien waren längst gestorben, die Sowjets wollten trotzdem keine Grenzrevision mehr.

Heute behauptet die sowjetische und die ganze osteuropäische Fachliteratur, es handle sich um eine «historisch entstandene Grenze», in den Regierungserklärungen von 1919/20 handle es sich lediglich um die Annullierung des Vertrages von 1896, des Pekingprotokolls von 1901 sowie um die russisch-japanischen Vereinbarungen über

chinesische Gebiete zwischen 1907 und 1916 – was natürlich eine grobe Fälschung darstellt.

Bald nach Stalins Tod (5. März 1953) gab der Y-Chang-Verlag in Peking die «Kurzgefasste Geschichte des modernen China» von Liu Pei Hua heraus (1954); eine beigelegte Landkarte umreißt die chinesischen territorialen Ansprüche an die Sowjetunion (eine Fläche von etwa 1,5 Millionen km²). 1972 wurde in Peking ein «Weltatlas» herausgegeben, welcher die chinesischen Ansprüche auf die ehemaligen chinesischen Gebiete indirekt und erneut geltend macht.

Während 1954 die ganze Angelegenheit sowjetischerseits totgeschwiegen wurde, reagierte Moskau 1972 auf diese Art des «kartographischen Krieges» sehr erbittert und grob. Chinesische Wissenschaftler wurden der Geschichtsfälschung beschuldigt, und sowohl in der UdSSR als auch in einigen Volkdemokratien erschienen längere populäre Abhandlungen über die Geschichte der sowjetisch-chinesischen Grenze (UdSSR: *Meždunarodnaja žizn'*, Nr. 6/1972; Polen: *Nowe drogi*, Nr. 8/1972; Ungarn: *Nemzetközi szemle*, Nr. 10/1972 usw.).

Präsident Mao erklärte 1964 vor einer japanischen sozialistischen Delegation, die Sowjetunion halte 1,5 Millionen km² chinesisches Land besetzt und China habe dafür die Rechnung noch nicht präsentiert. Später spitzte sich die territoriale Frage zwischen den beiden Grossmächten öfters zu, was die sowjetische Seite 1970 dazu bewog, in eine ungeschickte Gegenoffensive überzugehen. In der Zeitschrift *Narody Azii i Afriki* Nr. 3/1970 (S. 140–145) erschien ein kritischer Artikel, welcher den Chinesen vorwarf, den strategisch

wichtigen Ili-Tal seit dem 18. Jahrhundert aufgrund ungleicher und ungerechter Verträge in Besitz zu halten. Bald nachher warf die Prawda (7. Juli 1970) Peking vor, auf grosse Gebiete Sibiriens Anspruch erhoben zu haben.

Anlässlich der Grenzkonflikte 1969 traten die Komplikationen im Zusammenhang mit der territorialen Frage offen zum Vorschein. Die Sowjetregierung erliess am 13. Juni 1969 eine Erklärung, in welcher sie den sogenannten «historischen Charakter» der bestehenden sowjetisch-chinesischen Grenze und damit ihre Unantastbarkeit betonte. Die chinesische Antwort in der Regierungserklärung vom 7. Oktober 1969 stellte hingegen wörtlich fest:

«In ihrer Erklärung vom 13. Juni fuhr die Sowjetregierung fort, die Aggressionsverbrechen des zaristisch-russischen Imperialismus gegen China zu verteidigen, und klagte verleumderisch die chinesische Regierung an, eine Expansionspolitik, wie es genannt wurde, zu verfolgen, wozu alle möglichen, aus der Luft gegriffenen Argumente vorgebracht wurden.» (Peking Rundschau, Nr. 41/1969, S. 8–15, hier: S. 8.)

Für die Grenzregelung stellte Peking fünf Punkte auf. Der erste lautet wie folgt:

«Unterscheidung zwischen Recht und Unrecht in der Geschichte; die bestehenden Grenzen wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als weder das chinesische noch das russische Volk die Macht innehatten, dem damaligen China durch den zaristischen russischen Imperialismus aufgezwungen.»

In Punkt 4 wird der Abschluss eines neuen chinesisch-sowjetischen Ver-

trags auf der Grundlage der Gleichberechtigung verlangt, um die alten Verträge abzulösen. Bis dahin soll jedoch der territoriale Status quo respektiert werden (Punkt 5).

China besteht – mit Recht – darauf, dass grosse Teile des heute sowjetischen Fernen Ostens, ferner auch Zentralasiens und Kasachstans Jahrhunderte vor der russischen Eroberung chinesisches Hoheitsgebiet gewesen seien. Auf die russische Erklärung, letztere hätten niemals zu China gehört, antwortete die umfassende chinesische Regierungserklärung:

«Im <Atlas der Geschichte der UdSSR>, den die Sowjetregierung 1958 genehmigte, ist auch deutlich eingezeichnet, dass bis zum 19. Jahrhundert Chinas Grenze noch immer am Bajkal-See lag.»

Auf die sowjetische Behauptung, Chinas Nordgrenze habe lange Zeit die Grosse Mauer gebildet, antwortete Peking:

«Die verschiedenen Abschnitte der Grossen Mauer wurden im 4. Jahrhundert vor unserer Zeit aufgebaut ..., aber selbst damals bildete sie nicht Chinas Grenze. Bei der Diskussion über die sowjetisch-chinesische Grenzfrage führte die Sowjetregierung die Grosse Mauer an, die vor mehr als 2000 Jahren gebaut wurde, und verweilte dabei mit solch grossem Vergnügen. Wir möchten nun fragen: Und wo war Russlands Grenze zu jener Zeit?»

Asiatische Sicherheitskonferenz soll territorialen Status quo sichern

Breschnew warf im Frühjahr 1969 die Idee einer asiatischen Sicherheitskonfe-

renz auf; eine massive Forcierung dieser Konferenz erfolgte in der UdSSR erst nach Breschnews Rede im März 1972 auf dem XV. Gewerkschaftskongress: «Die kollektive Sicherheit in Asien muss sich unserer Meinung nach auf Prinzipien stützen wie: Verzicht auf Gewaltanwendung unter den Staaten, Achtung der Souveränität und der Unantastbarkeit der Grenzen ... Wir setzen und setzen uns für eine solche kollektive Sicherheit in Asien ein und sind bereit, mit allen Staaten zwecks Verwirklichung dieser Idee zusammenzuarbeiten» (Trud, 21. März 1972). Die Zeitschrift «Asija i Afrika segodnja» (Asien und Afrika heute) teilte in Nr. 7/1972 (S. 2/3) den sowjetischen Vorschlag für die Tagesordnung mit:

- Verzicht auf Anwendung von und Drohung mit Gewalt.
- Achtung der Souveränität und Unantastbarkeit der Grenzen.
- Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.
- Kollektive Sicherheit anstelle von Blöcken.
- Förderung der Zusammenarbeit.

Die schon zitierte chinesische Regierungserklärung vom 7. Oktober 1969

wies jedoch diese Idee kategorisch zurück, und die Peking Rundschau (Nr. 27/1969, S. 18–20) bezeichnete sie in einem scharfen Artikel («System der kollektiven Sicherheit in Asien – eine zerfetzte Flagge, vom Sowjetrevisionismus benützt, um ein antichinesisches Militärbündnis auf die Beine zu bringen») als eine ungeschickte Machenschaft, China einzukreisen.

In der Diskussion über territoriale Fragen hat die chinesische Seite zweifelsohne recht; die Sowjetunion sollte die auf internationaler Ebene und gegen andere Staaten ständig betonten Prinzipien der Selbstbestimmung, Achtung der Rechte und Interessen anderer Völker auch in ihrem Machtbereich befolgen.

*

¹ Der im Band «Dokumenty» veröffentlichte sowjetische Text enthält nicht diesen Satz, dass aber ein solcher Satz im Originaltext vorhanden sein musste, beweist der Text der 1920er Erklärung, wo er zitiert wird. Damit lässt sich erklären, dass die sowjetische Fachliteratur immer nur auf die erste Erklärung Bezug nimmt.

László Révész

VERALLGEMEINERUNGEN

Eindrücke aus Amerika und der Schweiz

Wir stellen uns unter dem Typus des amerikanischen Studenten gern den schlaksigen Jungen vor, der hart am Ball ist und sehr gefühlsbereit in der Liebe, so ein bisschen nach Art der Love-Story. Bei David aus dem Westen, dem Senior aus Haverford, der seriös arbeitet, nicht durch Brillanz be-

sticht und sich durch keine Jovialitätsbezeugungen bestechen liesse, der Texte aufs differenzierteste auszulegen versteht, Arzt aus entschieden idealistischen Gründen werden will, im Umgang zurückhaltend, aber höflich ist, sagen wir einfach, er wirke europäisch. Oder die etwas zerzaust aussehende

Priscilla aus Upstate New York, Anfängerin noch und immer erstaunt über so viel akademische Kompliziertheit innerhalb des Campusbetriebs, die oft mit einem kleinen Tornister in die Stunden kommt und sich äusserlich ohnehin manchmal wie ein verschupftes Thurgauer Mädchen ausnimmt, wie passten sie zu Verallgemeinerungen! Ausnahmen habe ich Dutzende getroffen. Junge Leute voller Ernst und Heiterkeit, die lieber Wilhelm Raabe als Hermann Hesse lesen, die die untergehende Sonne bestaunen können, als ob sie Menschen von gestern wären, als ob sie nicht fürs Leben gern an Protestaktionen teilnahmen. Einzelgänger ohne Hasch, Originale ohne Publizität.

Ein in unseren Augen oft unhöfliches, aber herzlich-spontanes Volk. Wenn man einer Dame die Autotüre öffnet, erregt das Aufsehen. Wenn man selber auf Dienstbereitschaft stösst und dankt, kommt statt einer Entsprechung für «bitte sehr» meist ein «ehe» oder «mhh», gern mit leichtem Gegrünze gemischt, weil offenbar «you are welcome» als ein zu grosser Sprachverschleiss empfunden wird. Ähnlich am Telefon statt Abschiedsformeln nur undefinierbare Geräusche. Und doch wiederum, welche Selbstverständlichkeit der Dienstbereitschaft in praktischen Fällen! Welche spontanen Regungen (neben dem stereotypen «how nice to see you») bei menschlichen Begegnungen. Vielerlei ist herzlicher, weil die traditionelle Form der Höflichkeit fehlt. Oder sogar dezenter. Wir haben noch nie einen Amerikaner einen Fremden wegen Sprachschwierigkeiten auslachen sehen. Der fremdartige Akzent besitzt gesellschaftlich meist eine recht hohe Valuta; er erinnert an die lieben Ahnen, die einst als Pioniere herüberge-

kommen sind. (Pagnol: «Avoir l'accent c'est chaque fois que l'on parle parler de son pays en parlant d'autre chose.»)

Inseln. Wenn ich morgens auf den Sidewalks unter den alten Ahorn- und Platanenbäumen zu dem in den frühen Stunden noch recht stillen Campus spaziere, all das Hilfspersonal sich an die Arbeit machen sehe und an den soliden Gebäulichkeiten vorbeikomme, denke ich ungerne an die 21 Millionen, die unser Fundraising-Committee im Land herum aufzutreiben versucht. Es wird bestimmt zu einem hohen Prozentsatz oder ganz gelingen, denn die Treue der Alumnae und Alumni zur Stätte ihrer Bildung und das Verantwortungsbewusstsein der Reichen gegenüber akademischen Institutionen sind gross. – Das Kapital für ein kleines College von nur ungefähr 1400 Studenten muss grösser werden, wenn wir überleben wollen. Das ist das Problem fast aller Privathochschulen an der Ostküste. Kann man sich solch kleine Eliteschulen in unseren Tagen noch leisten? Man muss es, sagte der Direktor der Board of Trustees, ein Richter aus Philadelphia, letzthin bei einem offiziellen Anlass. Amerika, das sich durch die verschiedenartigen weltpolitischen Händel notgedrungen oft die Hände schmutzig macht, braucht die kleinen Inseln des reinen Denkens. Oder die Leuchttürme, wie ein anderer Redner bei einer ähnlichen Gelegenheit verschämt postulierte.

Am Sonntag bei einer New-York-Times-Familie. Es ist mir schon oft aufgefallen, wie sonntagmorgens auch in unserer Ortschaft viele Informationsbedürftige, während ihre Mitbürger zur Kirche gehen, mit ernster Miene zum Zeitungsladen pilgern – und dann, das dicke Paket Kultur, Sport und Neuig-

keiten unter dem Arm, mit ebenso ernster Miene nach Hause zurückkehren. Viele Amerikaner können sich einen Sonntag ohne Times so wenig vorstellen, wie die anderen ohne Kirche, andere ohne Fussball. NZZ-Sonntagsleser in der Schweiz, eine Sondergruppe, wirken anders. Im Hause nun, wo ich zu Besuch war, wurden die verschiedenen Sections, Sports, Business, Art and Leisure, säuberlich unter die Familienmitglieder verteilt. Der eine Sohn interessiert sich eben für Wirtschaft, der andere für Sport. Der Vater, ein wochentags sehr beschäftigter Ingenieur, konzentriert sich auf den Teil «The Week in Review»: er liebe es nicht, all die ungereimten Nachrichten jeden Tag über sich ergehen zu lassen, sei allergisch auf die Schlagzeilen, wo ein Sportereignis gleichbedeutend erscheine wie der Tod von Soldaten in Vietnam, wo gewisse Nachrichten aus zeitungstechnischen Gründen aufgebläht würden. So lese er lieber jede Woche das Wesentliche.

Neujahr in der Schweiz. Wie wohlthuend sachlich die Ansprache von Bundespräsident Brugger zum Jahreswechsel! Hier steht kein Billy Graham im Hintergrund. Die dialektgefärbten Äusserungen, die im ersten Moment plump, gleichsam unintellektuell wirken, wie eine väterliche Unterweisung in einem

immer noch relativ homogenen Staatswesen, sind im ganzen, merkt man bei genauerem Zuhören, differenzierter als die globalen Behauptungen der Machthaber in Washington. Man ist ja einigermaßen unter sich und versteht sich genauer ohne Klischees. Wenn Nixon oder Kissinger sprechen, fasziniert die Ahnung, was alles hinter den Worten versteckt werde; die wichtigen Entschlüsse und das weltpolitische Engagement in den Details können nicht eine Sache der Öffentlichkeit sein. Der schweizerische Bundespräsident, mahnend und ermunternd, ist der Vertreter einer Res publica.

Nachtrag zum Sprichwort «You can't eat your cake and have it too». Fast jeder Auslandschweizer will das Unmögliche: zwei Herren dienen. Er handelt Vorteile ein, berufliche, finanzielle, menschliche und möchte doch auch seine Heimat behalten. Das ist unmöglich und hat mitunter harmlos-lächerliche Auswirkungen – zum Beispiel bei jenen währschaften Zürchern oder Appenzellern, die nach mehrmonatigem New-York-Aufenthalt nur noch gebrochen Mundart sprechen. Sie meinen den Fünfer und das Weggli zu haben, verlieren aber in Wirklichkeit ihre Würde.

Hans Bänziger

DIE VERANTWORTUNG DES INTELLEKTUELLEN

Albert Béguin – der Schriftsteller im Zeitgeschehen

Der 1957 verstorbene Westschweizer Literaturkritiker Albert Béguin hat in seinem allzukurzen Leben eine intensive Arbeitskraft entfaltet, die einem Bewunderung abringt. Von diesem reichhal-

tigen Schaffen ist uns glücklicherweise ein umfangreicher Nachlass erhalten, der gegenwärtig von Peter und Béatrice Grotzer in Zürich geordnet und inventarisiert wird. Es war eine vorzügliche

Idee, die interessantesten Dokumente dieses Archivs einer weiteren Öffentlichkeit bekanntzumachen, dies in einer Ausstellung, die nach mehreren Schweizer Städten auch in Zürich, in der Zentralbibliothek zu sehen war. Es ist dabei den Organisatoren – Peter Grotzer und Robert Junod – gelungen, durch zahlreiche Bilder, Photos, Zeitdokumente, Erinnerungsgegenstände, aber auch Manuskripte und Buchausgaben ein lebendiges Bild von Béguins Lebensweg in seiner Zeit zu entwerfen. Diese Beschwörung rechtfertigt sich gerade bei einem Schriftsteller wie Béguin, dessen Leben und Werk in intimer Harmonie verbunden sind. Dies spürt man schon aus den Zeugnissen der Jugendzeit, so aus einem aufgelegten Verzeichnis der gelesenen Bücher des Gymnasiasten, das für zwei Jahre mehr als 600 Titel aufweist. Diese Leidenschaft für Literatur schloss jedoch bei dem 1901 in La Chaux-de-Fonds geborenen Apothekersohn Interesse für sozialpolitische Fragen nicht aus; davon zeugen die Hinweise auf die Schriften des jurassischen Sozialisten Charles Naine. An das Literaturstudium in Genf erinnern Dokumente der Studentenverbindung *Belles-Lettres*, die ihm Zugang zu Cocteau und Aragon, aber auch zu den Werken Gides und Péguy eröffnete. Der Weg nach Paris führte den Dreiundzwanzigjährigen zuerst zu den Surrealisten; die Fragen, die sie aufwarfen, fand er aber erst in der deutschen Romantik beantwortet. Diese deutsche Romantik faszinierte ihn so sehr, dass er begann, ihre Werke zu übersetzen, nicht nur Jean Paul, sondern auch E. T. A. Hoffmann, Mörike, Tieck, Achim von Arnim, die so dem französischen Publikum zugänglich gemacht wurden. Doch nicht genug da-

mit; 1929 begab er sich als Lektor an die Universität Halle, um sich dort in die deutsche Literatur zu vertiefen. Hier erlebte er aus nächster Nähe den Aufstieg des Nationalsozialismus. Doch auch jetzt war er keineswegs Gefangener einer bloss ästhetischen Betrachtungsweise. Er scheute sich nicht, zu heissen politischen Fragen Stellung zu beziehen. So veröffentlichte er vom September 1933 an im *Journal de Genève* eine Artikelreihe über die Lage in Deutschland, die keineswegs das Gefallen der neuen Machthaber fand. Béguin, der 1934 Halle verlassen hatte, stellte sich der Herausforderung und suchte das sogenannte «deutsche Wesen» zu ergründen, dessen Grundwiderspruch er in einer Sehnsucht nach dem Abgründigen, dem Nichts, der Katastrophe neben einem ausgesprochenen Sinn für Ordnung und Organisation sah; Überlegungen, die dann in sein vor 1940 verfasstes Werk *Faiblesse de l'Allemagne* mündeten, die aber nicht zu einer globalen Verdammung deutscher Kultur, sondern zum Dialog zwischen den Völkern aufriefen. Zu diesem geistigen Austausch hatte Béguin vor allem durch sein epochemachendes Buch *L'âme romantique et le rêve* beigetragen, das er 1937 in Genf als Doktorarbeit vorgelegt hatte, das eine Auflage von über 18000 Exemplaren erreichte und ins Spanische, Italienische, Rumänische und neu-lich auch ins Deutsche übertragen wurde. In diesem Werk suchte Béguin jenseits positivistischer Gelehrsamkeit eine Antwort auf persönlichste Fragen. Traum und Poesie eröffneten hier einen Weg zu einem neuen ursprünglichen Verhältnis zur Welt. Nach seiner Promotion im Jahre 1937 wurde Béguin zum ausserordentlichen Professor für französische Literatur an der Universi-

tät Basel ernannt. Vorlesungsverzeichnisse, Ernennungsurkunden, Dissertationen, die unter ihm entstanden, so etwa Elsbeth Gremmingers *Péguy. Vom Sozialismus zur christlichen Weltanschauung* erinnern an diese seine Tätigkeit. Daneben war er um das kulturelle Leben der Rheinstadt besorgt; so erinnert eine von Claudel signierte Photo, eine Präsentation Valéry's an die von Béguin veranlassten Besuche dieser Schriftsteller in Basel. Für den Professor, der dort auch während der Kriegszeit lehrte, bedeutete aber die sichere Schweiz kein Alibi. Während seiner Aufenthalte im besetzten Frankreich trat er mit Leuten der Résistance in Verbindung – in einem ausgestellten Brief eines Zeitungsredakteurs wird er wegen seiner progaullistischen Haltung bedroht –, gründete und leitete im Neuenburger Verlag La Baconnière die *Cahiers du Rhône*, die zu einem wichtigen Forum der unter der Vichy-Regierung zum Schweigen verurteilten Schriftsteller wurde. 1946 verließ Béguin die Universität Basel, um in Frankreich als Literaturkritiker – man erinnert sich an seine namhaften Werke über Pascal, Balzac, Ramuz, Bernanos –, als freier Mitarbeiter verschiedener Zeitungen und Zeitschriften sowie als literarischer Berater des Verlages Seuil zu wirken. Dieser gewaltigen Arbeitsfülle wird man sich bewusst, wenn man die von Peter Grotzer erstellte Bibliographie der Schriften Béguin's zur Hand nimmt: sie umfasst über 1000 Titel! 1950 übernahm dann Béguin als Nachfolger Mouniers die Leitung der Zeitschrift *Esprit*, an der er schon seit 1938 mitgearbeitet hatte. Und hier leistete er eine Bewusstseinsbildungsarbeit, die weit über den Bereich ästhetischer Probleme hinausging; davon zeugen etwa die Nummern über die Ar-

beiterpriester und die Hoffnung der Armen, über Gerechtigkeit und Gesellschaft, über das Elend der Psychiatrie, die Welt der Gefängnisse – Themen, die auch im heutigen Frankreich von brennendster Aktualität sind.

Die Verantwortung des Intellektuellen – heute

Es war eine glückliche Idee, im Rahmen der Béguin-Ausstellung und der Europawochen den Nachfolger Béguin's bei *Esprit*, Jean-Marie Domenach, am 30. April zu einem Podiumsgespräch nach Zürich einzuladen. Denn Domenach setzt durchaus die Tradition Béguin's und Mouniers fort und versucht wie sie, das Interesse für kulturelle und geistige Werte mit dem konkreten Engagement in der Gesellschaft zu verbinden, so zur Zeit der Résistance, der antikolonialistischen Auseinandersetzungen der Nachkriegsepoche und neulich im Rahmen des von ihm gemeinsam mit Michel Foucault gegründeten «Groupe d'informations sur les Prisons». Dabei hat dieses Engagement nicht militant-autoritären, sondern durchaus dialogischen Charakter. Domenach wollte anlässlich des von Peter Grotzer geleiteten Abends nicht so sehr vom hohen Katheder das Zürcher Publikum darüber belehren, was Engagement sei, als viel mehr mit Schweizer Intellektuellen ins Gespräch treten – so mit den Welschen Philippe Secrétan und Robert Junod und den Deutschschweizern François Bondy, Herbert Meier und Adolf Muschg. Das Podiumsgespräch entwickelte sich dann auch zu einem sehr aufschlussreichen Dialog, gerade darum, weil gegensätzliche Ansichten nicht verwischt und auf den kleinsten gemeinsamen Nenner re-

duziert, sondern als fruchtbare Konflikte ausgetragen wurden.

Zuerst umriss Domenach die Rolle des Intellektuellen aus seiner Sicht; er ging dabei von der Entstehung des Begriffes «l'intellectuel» zur Zeit der Dreyfus-Affäre aus, als Schriftsteller und Professoren sich öffentlich für den unschuldig verurteilten jüdischen Offizier einsetzten und sich damit in Gegensatz zur etablierten Macht setzten. «Les intellectuels» – meinte spöttisch die Gegenpartei und glaubte sie so als Leute abzustempeln, die nicht mit den Händen arbeiteten und darum fern von der Wirklichkeit ständen. Der Begriff des Intellektuellen implizierte aber im Selbstverständnis der Betroffenen selber gleich zu Beginn gesellschaftliches Engagement und somit ein Heraustreten aus der Isolation geistiger Arbeit durch die Aktion.

Domenach sieht denn auch als eine der Hauptaufgaben des heutigen Intellektuellen seine Verantwortlichkeit gegenüber der Gesellschaft, denn er könne sein Worthandwerk nicht im zeitlosen Raum ausüben. Er wird von der Geschichte, vom Ereignis gefordert und hat sich ihm zu stellen. Durch seine Antworten auf die Fragen seiner Zeit stellt er sich, wenn auch nicht systematisch, in Widerspruch zur Macht; denn Politiker wie Intellektuelle bedienen sich der Worte; der Philosoph jedoch, so führte Domenach in Anlehnung an Platon aus, suche die Wahrheit, der Sophist die Macht, so dass der Konflikt zwischen Wahrheit und Macht unausweichlich sei. Das erinnert an einen Aufsatz Albert Béguins aus dem Jahre 1945, in dem er schrieb, es sei durchaus bezeichnend, dass unsere Zeit die Dichter ins Gefängnis geworfen habe. Denn diejenigen, die sie verfolg-

ten, hätten versucht, die Freiheit zu zerstören und die menschliche Person zu vernichten. In einer dunklen Vorahnung hätten sie im Dichter als einem Herold der Freiheit einen ihrer wahren Feinde erkannt. Im Anschluss an diese Ausführungen über die Rolle der Dichter und Denker in der Gesellschaft wies François Bondy auf den Kontrast hin zwischen dem Intellektuellen und seinen grosszügigen Idealvorstellungen und dem Politiker, der Kleinarbeit leisten und konkrete Entscheidungen treffen muss. Eine Bemerkung, die wohl als Antwort auf Domenachs leichte Tendenz gedacht war, politisches Handeln vor allem in Verbindung mit Machtwille und Opportunismus zu sehen. François Bondy zeigte dann das Dilemma jeglichen intellektuellen Engagements auf: Entweder versucht der Engagierte möglichst wirksam zu sein, schliesst sich einer Gruppe an und unterwirft sich einer Disziplin, die ihn aber unter Umständen daran hindert, das zu sagen, was er für richtig hält, oder aber er dient allein der Wahrheit als einsamer Rufer in der Wüste, der sich der Möglichkeit begibt, wirksam zu sein. Eine tragische Frage, die in den Revolutionsromanen Malraux' immer mitklingt und die sich zahlreichen westeuropäischen Intellektuellen stellte, die in den dreissiger Jahren zu Bundesgenossen der Kommunisten an der antifaschistischen Front geworden waren; eine Frage, die auch in der Diskussion keine endgültige Antwort fand, wenn auch Domenach eine Unterwerfung unter eine Parteidisziplin durchaus ausschloss. Denn der Intellektuelle darf, so führte er aus, nicht zum Ideologen werden, der ein abstraktes Gedankengebäude aufrichtet; er hat viel eher einzustehen für das Konkrete,

den Einzelmenschen, und nicht für ein System, dem der einzelne geopfert wird, da ideologisches Denken naturnotwendig Fanatismus gebärt.

Der Intellektuelle ist aber nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der Sprache gegenüber eminent verantwortlich, so betonte Domenach, denn er kämpft ja mit Worten. Péguys Beispiel wurde erwähnt, der vom Beruf des Schriftstellers als einem Sich-mit-den-Worten-Schlagen sprach, und auch Bloys Wort vom «Sakrament der Literatur». Domenach unterstrich in seinen Ausführungen stark den instrumentalen Charakter der Sprache, die so fein, so präzise sein müsse, dass sie dem wahren Sinn diene und Ideen genau zum Ausdruck bringe; denn letztlich seien es Ideen, welche die Welt veränderten. Die Frage ist jedoch durchaus berechtigt, ob hier die Rolle des Intellektuellen und der Ideen nicht überschätzt werde. Übersieht diese auf den ersten Blick elitäre Weltsicht nicht die objektiven Kräfte, die geschichtsmächtig werden und denen der Denker bescheiden dienen kann, wenn er die Phänomene nach dem Sinn der Geschichte befragt, den er selber aber nicht schafft?

In der nachfolgenden Diskussion akzeptierte der Schriftsteller Herbert Meier durchaus Domenachs Kriterien der Präzision und Genauigkeit der Sprache für den Essay, das intellektuelle Schreiben, nicht aber für das fiktiv-poetische Schaffen, das andern Gesetzen gehorche. Dem pflichtete Adolf Muschg bei, dem die parareligiöse Sphäre, in die das Wort getaucht wurde («Sakrament der Literatur») verhänglich, ja gefährlich erschien. Dem Schriftsteller komme die bescheidene Rolle zu, die Wörter zu befragen, sie auf Hohlräume abzuklopfen, beim Einzelfall zu bleiben;

denn Literatur bestehe im je-einzelnen; die Lösung der grossen Menschheitsfragen sei nicht von ihr zu erwarten. Dabei wurden die unterschiedlichen Voraussetzungen des französischen Intellektuellen und des deutschsprachigen Dichters offenbar. Der erstere betrachtet die Sprache als universales Kommunikationsmittel, das eine Botschaft eindeutig und präzise vermitteln soll. Und da hat er als Philosoph und Essayist durchaus recht. Zudem beseelt den Franzosen ein Sprachoptimismus, den er schon als Schulkind mitbekommt, wenn man ihm beibringt, dass jedem Ding *ein* je-spezifisches Wort entspreche («le mot propre»). Der deutschsprachige Dichter weist jedoch mit Recht darauf hin, dass der poetische Text im Unterschied zum informativen Fragen stellt und nicht Antworten gibt, dass das Wesen des Literarischen in seiner Vieldeutigkeit liegt und auch in der Fähigkeit, bestehende Sprach-Klischees zu durchbrechen und blosszulegen und Erwartungen zu enttäuschen, währenddem die Trivilliteratur die Erwartungen des Publikums erfüllt. Der Schriftsteller deutscher Zunge ist überdies durch eine Sprachskepsis gelähmt, die der Franzose nicht in der Masse kennt. Er weiss, spätestens seit 1933, dass Wörter nicht unschuldige Vehikel sind, dass sie ihre Geschichte haben. Und gerade die grossen Worte, die den Franzosen viel leichter über die Lippen kommen – und das in durchaus ehrlicher Weise – machen ihn stutzig; er befühlt sie zweimal, bevor er sich ihrer bedient. Denn diese seine Sprache wurde vom Nationalsozialismus missbraucht und gerade in ihren höchsten Ausdruckswerten. «Wir arbeiten mit zerstörten Wörtern, die wir stets befragen müssen», so schloss Herbert

Meier. Die Worte nicht nur zu befragen, sondern sie zu befreien von der Schlacke einer unseligen Vergangenheit, darin sehen die Schriftsteller die eigentliche ethische Leistung dichterischen Schreibens heute.

*

Die sehr interessante Diskussion führte somit auch die Ambiguität des Begriffes «Engagement» vor Augen, denn dieses Wort hat, im Deutschen noch mehr als im Französischen, eine Bedeutungserweiterung erfahren, die seine Konturen immer mehr zerfliessen lassen, so dass ein Heinrich Balz kritisch bemerken konnte: «Der Grundwert für die der Zeit gemässe Ethik scheint gefunden, «engagiert» ist heute alles und jedermann, das Dichten, das Denken und der Glaube: die blossе Wort- und Sprachgeschichte ist in diesem Fall zugleich schon die Sprachkritik.»

Der Begriff des «Engagement» entstand, wie Domenach bemerkte, in den dreissiger Jahren im Kreis der christlich-personalistischen Gruppe um *Esprit* und meinte vielmehr das Denken als das Dichten. Zu einem postulatorischen Begriff wurde «Engagement» aber erst 1947 durch Sartres berühmten Essay *Was ist Literatur?*, in dem der Philosoph schreibt, jedes Buch sei eine Tat und damit unmittelbare Vorarbeit für die Revolution. Literatur sei ihrem Wesen nach Appell an die Freiheit des Lesers, und zwar Aufruf zu politisch-revolutionärem Handeln. Zu dieser eindeutigen Forderung kommt Sartre, indem er der Prosa, auch der literarischen, bloss instrumentalen Charakter zugesteht, die Worte als transparente Zeichen deutet, welche Realität und Wahr-

heit ausdrücken, währenddem das Wort in der Poesie, ähnlich wie in der Malerei oder in der Musik, keinen Zeichencharakter habe, sondern eigentlicher Gegenstand der Kunst sei.

Durch seine Forderung nach Parteinahme in und durch die Literatur hatte Sartre eine Entwicklung nachvollzogen, die, wie H. Balz deutlich zeigt, seine Zeitgenossen schon hinter sich gelassen hatten. Malraux hatte in seinen engagierten Revolutionsromanen den kontemplativen Werten die Haltung des Eroberers entgegengesetzt. Doch mit der *Hoffnung* (1937) wird der Primat der Aktion durchbrochen. Als höchstes Ziel gilt nicht mehr bloss das Handeln, sondern das Verwandeln der Erfahrungen in Bewusstsein. Camus, 1935/36 Mitglied der kommunistischen Partei, glaubte mit dem Kollektivwerk *Revolte in Asturien* ans Agitationstheater, eine Haltung, die schon im *Fremden* gebrochen wird, vor allem aber in der *Pest*, in der Rieux, Symbol des Widerstandskämpfers, nicht nur als Handlender gezeigt wird, sondern als Chronist seiner Zeit, als künstlerischer Zeuge. Das erinnert an Aragon, der 1934–1944 in vorderster Front des antifaschistischen Kampfes stand, mit Feder und Waffe in der Résistance tätig war, der aber als Romancier tatenlose Zeugen auftreten lässt, so etwa den Künstler Géricault in der *Karwoche*, dessen Engagement sich letztlich als Stoff zum Malen entpuppt. Alle diese Autoren vereinen eine engagierte Lebenshaltung mit einer Zeugen- und Zuschauerhaltung in ihren Romanen, deren geschichtliches Bewusstsein allerdings durch das Engagement gesteigert wird. Ein Aragon beruft sich dabei mit Recht auf Engels Aussage, dass Balzac trotz seiner bürgerlichen politischen Vorurteile

die objektiven gesellschaftlichen Zusammenhänge seiner Zeit besser zu zeigen verstand als der viel engagiertere Zola, der zu sehr auf Parteinahme bedacht war. Schliesslich erkannte auch Sartre, dass sein Postulat vom Schreiben als Tat Wunschsynthese eines Schriftstellers war, der sich nicht damit abfinden konnte, dass seine Feder kein Schwert war: «Ich war ein Schriftsteller-Ritter», gesteht er in den *Wörtern* 1963.

Als blosser politische Parteinahme verstehen auch Adorno und Enzensberger engagierte Literatur nicht. Der erstere weist mit Recht darauf hin, dass tendenzlose Werke wie der *Werther* wesentlich zur Emanzipation des bürgerlichen Bewusstseins in Deutschland beigetragen haben: «Indem Goethe den Zusammenstoss der Gesell-

schaft mit dem Gefühl des als ungeliebt sich Erfahrenden bis zu dessen Vernichtung gestaltete, protestierte er wirksam gegen die verhärtete Kleinbürgerlichkeit, ohne sie zu nennen.» In diesem Zusammenhang weist auch Adorno darauf hin, dass die neugriechischen Tyrannen wussten, warum sie Becketts Stücke verboten, obwohl darin kein einziges politisches Wort falle. Enzensberger seinerseits glaubt, dass «politische Poesie ihr Ziel verfehlt, wenn sie es direkt ansteuert. Die Politik muss gleichsam durch die Ritzen zwischen den Worten eindringen, hinter dem Rücken des Autors, von selbst». Ein Gedicht, das nur politisch wäre, ginge an seiner propagandistischen Absicht zugrunde.

Joseph Jurt